

Johannes Fischer

Zur Bedeutung der Wissenschaft für die Demokratie
Nachtrag zum Text „Wissenschaft gegen Faschismus. Zur Wertfreiheit und zum politischen Auftrag der Wissenschaft“

Kritik an der Initiative „Wissenschaft gegen Faschismus“ kann leicht missverstanden werden in dem Sinne, dass man der politischen Rechten zugeordnet wird. Daher sei zu dem oben genannten Text das Folgende erläutert.

Der Text liegt auf der Linie eines früheren Textes des Verfassers mit dem Titel „Demokratie und politische Vernunft: Warum es das eine ohne das andere nicht gibt“, der sich auf dieser Homepage findet.¹ Er wurde unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl geschrieben und gibt hinreichend Auskunft über die politische Einstellung des Verfassers. Das pessimistische Szenario, das in dessen Einleitung im Blick auf die politische Entwicklung in Deutschland gezeichnet wird, ist durch die zurückliegenden Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bestätigt worden. Man kann nur inständig hoffen, dass sich die Dinge bis zur nächsten Bundestagswahl zum Positiven verändern.

Die meisten von denen, mit denen sich der Verfasser in seiner politischen Grundüberzeugung verbunden weiß, sehen die primäre Gefahr für die bundesdeutsche Demokratie in den politischen Erfolgen und dem zunehmenden Einfluss der AfD. Viele beteiligen sich deshalb an Demonstrationen gegen die AfD, so in Magdeburg und anderen Städten im Vorfeld der Wahlen in Sachsen-Anhalt. Und sie begrüßen Aktionen wie die Initiative „Wissenschaft gegen Faschismus“. Auch den Verfasser erfüllen die Erfolge der AfD mit großer Sorge. Doch schätzt er die primäre Gefahr für die Demokratie anders ein. Sie besteht im Zerfall der Gesellschaft in unterschiedliche politische Lager, die sich nur noch nach dem Freund-Feind-Schema wahrzunehmen vermögen und zwischen denen keine politische Verständigung möglich ist. Man muss bezüglich der Einschätzung dessen, was gegenwärtig geschieht, fragen, wie Ursache und Wirkung verteilt sind: Ist der Aufstieg der AfD die alleinige Ursache für die gesellschaftliche Spaltung? Oder trägt umgekehrt die gesellschaftliche Spaltung mit der wechselseitigen Aufschaukelung der politischen Lager zum Aufstieg der AfD bei? Fest steht jedenfalls, dass das

¹ <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2025/03/Demokratie-und-politische-Vernunft.pdf>

Land unregierbar wird, wenn sich der Trend fortsetzt. Wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben, ist diese Gefahr inzwischen in einigen Bundesländern real.

In der Regel wird die Schuld für die gesellschaftliche Spaltung einseitig bei der AfD gesucht. Sie ist es, die die Gesellschaft spaltet. Doch macht man es sich damit zu einfach. Warum muss man eine Aktionswoche an den Universitäten unter das Motto „Wissenschaft gegen Faschismus“ stellen? Gibt man das Motto bei *google* ein, dann ist man überrascht, wie viele Universitäten und universitären Institutionen sich daran beteiligt haben. Offensichtlich machen sich große Teile der Wissenschaft inzwischen das Denken in politischen Freund-Feind-Stereotypen zu eigen. Man hätte die Woche zum Beispiel auch unter das Motto „Für die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft“ stellen können. Auch das wäre in der gegenwärtigen Situation eine politische Botschaft gewesen. Damit hätte man die Wissenschaft nicht *gegen* etwas in Stellung gebracht, sondern *für* etwas, das angesichts der Gefahr autoritärer gesellschaftlicher Tendenzen ihr ureigenstes Anliegen sein muss.

Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger sich wechselseitig als das anerkennen und achten, was sie gemäß einer demokratischen Verfassung sind, nämlich als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger, die sich in politischen Dingen ihre eigene Überzeugung bilden und dieser im demokratischen Prozess Einfluss zu verschaffen suchen. Die Achtung der Überzeugung des Andersdenkenden ist daher für eine Demokratie essenziell. Sie schließt aus, dass Bürgerinnen und Bürger wegen ihrer politischen Überzeugung einem moralischen Bashing unterworfen werden, so, als dürften sie diese Überzeugung nicht haben. In einem freien Land muss jeder die Überzeugung haben dürfen, die er hat. Das Mittel der Auseinandersetzung mit der Überzeugung des Andersdenkenden ist das Argument, nicht die moralische Ächtung, Entwertung und Ausgrenzung.

Wird die politische Auseinandersetzung mit moralischen Stereotypen geführt, dann zerfällt die Gesellschaft in politische Lager, in denen man sich in der Frontstellung gegen „die anderen“ untereinander einig ist und moralisch auf der richtigen Seite weiß. So war man sich auch in jener Aktionswoche an den Universitäten in der Frontstellung gegen „den Faschismus“ einig und wusste sich moralisch auf der richtigen Seite. Gerade im Bereich der Sozialwissenschaften ist heute das moralische Bashing von Menschen, die nicht die moralisch richtige politische Überzeugung haben, keine Seltenheit. Ein Beispiel ist der Thüringen-Monitor, eine sozialwissenschaftliche Erhebung, die von Wissenschaftlern der Universität Jena durchgeführt

wird und die Jahr für Jahr der Hälfte der Thüringerinnen und Thüringer bescheinigt, dass sie menschenfeindliche Einstellungen teilen, zum Beispiel weil sie der Meinung sind, dass es zu viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland gibt. Da wird mit wissenschaftlichem Anspruch ein moralisch abwertendes Urteil („menschenfeindlich“) über die Bevölkerung eines Bundeslandes gefällt. Was richtet man damit an? Wissenschaftlich ist das unhaltbar. Man kann wissenschaftlich erheben, dass Menschen der Meinung sind, dass es in Deutschland zu viele Migranten gibt. Aber man kann wissenschaftlich nicht erheben, dass diese Meinung menschenfeindlich ist. Moralische Urteile sind keine wissenschaftlichen Urteile. Im Übrigen: Wer traut sich noch, seine Meinung offen zu sagen, wenn sie mit einem solchen moralischen Verdikt belegt wird? Die Folge ist, dass man sich mit seiner Meinung Andersdenkenden gegenüber bedeckt hält und stattdessen mit Gleichgesinnten zusammentut, bei denen man für die eigene Sicht der Dinge Verständnis findet. Daher tragen derartige „wissenschaftliche“ Erhebungen nur dazu bei, die gesellschaftliche Spaltung und Lagerbildung zu vertiefen. Der Demokratie tun man damit keinen Gefallen. Wer Näheres zu dieser Thüringer Erhebung wissen will, sei auf den Text „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratie“ auf dieser Homepage² verwiesen.

Vielen Wissenschaftlern scheint gar nicht bewusst zu sein, welche eminente Bedeutung die Wissenschaft für die Demokratie hat und worin ihre diesbezügliche Aufgabe besteht. Es ist kein Zufall, dass wissenschaftliches Denken und Demokratie historisch zur selben Zeit und am selben Ort erstmals auf den Plan getreten sind, nämlich im Griechenland des 5. und 4. Jh. v. Chr.. Das Verbindende zwischen beidem ist die Entstehung der Sprache des Urteils. Man muss sich hierzu vergegenwärtigen, dass die Welt ursprünglich erlebte Welt ist. Was wir erleben, bringen wir zur Sprache, indem wir davon erzählen. Die Welt ist daher ursprünglich auch erzählte, narrativ strukturierte Welt. Das gilt für die Welt der griechischen Mythologie ebenso wie für die Welt der Bibel. Diesen Welten ist die Sprache des Urteils fremd. So findet sich in der Bibel kein einziges Urteil. Wie man sich an diesen Beispielen verdeutlichen kann, sind narrativ strukturierte Lebenswelten hermetisch in sich geschlossen. Die Wirklichkeit bemisst sich hier am Kriterium der narrativen Sinnkohärenz. Was sich bruchlos in das Sinn Ganze eines leitenden Narrativs einfügt – so die Wunder Jesu in die Erzählung von Jesus als dem Sohn Gottes –, das gilt fraglos als wirklich. Menschen, die verschiedenen Lebenswelten angehören, sind daher tief voneinander getrennt. Sie leben in verschiedenen Wirklichkeiten.

² <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2025/06/Gruppenbezogene-Menschenfeindlichkeit-und-Demokratie.pdf>

Die Entstehung der Sprache des Urteils hat ihre Erklärung darin, dass sie *lebensweltübergreifende* Verständigung auf eine gemeinsame Beschreibung der Welt ermöglicht zwischen Menschen, die verschiedenen Lebenswelten zugehören. Genauer hierzu hat der Verfasser in dem genannten Text „Demokratie und politische Vernunft: Warum es das eine ohne das andere nicht gibt“ ausgeführt. Hier an dieser Stelle genügt es zu sehen, dass mit der Sprache des Urteils die Vernunft auf den Plan tritt und dass diese Sprache die Sprache der Philosophie und der Wissenschaft ist. Sie verlangt von den Menschen nicht, sich gänzlich aus den narrativ strukturierten Lebenswelten zu lösen, denen sie zugehören. Das können sie gar nicht, ist doch die Welt erlebte Welt. Aber sie mutet den Menschen zu, im Interesse der Verständigung mit Menschen, die in anderen Lebenswelten leben, einen lebensweltübergreifenden Standpunkt zu beziehen und die Narrative ihrer Lebenswelt auf den Prüfstand zu stellen im Hinblick darauf, ob sie mit diesem Standpunkt vereinbar sind. Hierauf ist die Verständigung innerhalb einer Demokratie angewiesen. Dies ist der Grund dafür, warum die Demokratie erst mit der Entstehung der Sprache des Urteils auf den Plan treten konnte.

Von hierher fällt Licht auf die tiefe Gefährdung, der Demokratien zu allen Zeiten ausgesetzt sind. Sie besteht darin, dass ihre Bürgerinnen und Bürger sich der Disziplin des lebensweltübergreifenden Standpunkts der urteilenden Vernunft nicht unterziehen, sondern sich exklusiv in den Narrativen ihrer jeweiligen Lebenswelten und gesellschaftlichen Milieus orientieren. Damit ist politische Verständigung nicht mehr möglich. In diese Richtung entwickeln sich die Dinge heute in vielen westlichen Demokratien. Die einen orientieren sich in Narrativen, die von der Größe der eigenen Nation handeln, andere in völkischen Narrativen, andere in evangelikalischen oder apokalyptischen Narrativen, wiederum andere marxistischen oder antifaschistischen Narrativen usw. Einig ist man sich nur in der Weigerung, die eigenen Narrative der kritischen Prüfung durch die urteilende Vernunft zu unterwerfen. So kommt es zu der existenzgefährdenden Bedrohung, die die westlichen Demokratien derzeit erleben.

Der Wissenschaft kommt in dieser Situation insofern eminente Bedeutung zu, als sie den lebenswelt- bzw. lagerübergreifenden Standpunkt der urteilenden Vernunft repräsentiert. Ihre Aufgabe besteht darin, die Narrative auf den Prüfstand zu stellen, von denen die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung bestimmt ist, und auf diese Weise dazu zu nötigen, sich auf die lager- und milieuübergreifende Verständigung einzulassen. Daher sieht sich auch die Wissenschaft Anfeindungen ausgesetzt, nämlich von denen auf der Rechten wie

auf der Linken, die sich auf ihre Narrative eingeschworen haben und an dem Glauben an sie um jeden Preis festhalten wollen.

Mit dieser Erläuterung ist vielleicht deutlicher geworden, warum es der Selbstaufgabe der Wissenschaft gleichkommt, wenn sie sich ihrerseits an Narrativen ausrichtet, noch dazu an solchen, die gesellschaftliche Freund-Feind-Stereotypen bedienen und damit die gesellschaftliche Spaltung vertiefen. Genau das ist mit der Beteiligung von Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen an der Aktionswoche „Wissenschaft gegen Faschismus“ geschehen.